Das Bundesarchiv

Stimmung zur Schaffung der NVA (1)

18. Januar 1956

Betrifft: Erste Stellungnahmen zur Bildung einer Nationalen Volksarmee [Information Nr. M10/56]

Quelle

BStU, MfS, AS 78/59, Bl. 256–265.

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

Verweise

Informationen M14/56, M15/56, M17/56, M21/56, M24/56, M26/56, M30/56, M32/56, M35/56, M37/56, M45/56 und M73/56.

Seit dem 15.1.1956 wurden in zahlreichen Betrieben der DDR Versammlungen durchgeführt, auf denen zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee Stellung genommen wurde.[1] Ein großer Teil der Werktätigen unserer volkseigenen Betriebe fordert die Aufstellung einer Nationalen Volksarmee und zahlreiche Arbeiter stimmten entsprechenden Entschließungen und Telegrammen an die Volkskammer zu. Z. B. stellte in den VEB Maxhütte Unterwellenborn und VEB Rotstern Saalfeld, [Bezirk] Gera, der größte Teil der Werktätigen die Forderung nach Schaffung einer Volksarmee und bekräftigte dies durch entsprechende Entschließungen. Auch in den VEB Zementwerk Göschwitz, VEB Textilveredelungswerk und VEB Novotex in Greiz, VEB Wema in Zeulenroda und in der Eisenerzgrube Pößneck[2] des gleichen Bezirkes wurden gute Ergebnisse erreicht.

Die positiven Stellungnahmen schließen nicht aus, dass auch zahlreiche ablehnende Meinungen vorhanden sind, die hauptsächlich auf pazifistischen Einstellungen beruhen. Diese Stimmen kommen vorwiegend aus den Reihen Jugendlicher (dabei ein großer Teil FDJ-Mitglieder) und den Frauen. Erstere befürchten eine baldige Einberufung, während Frauen ihre Angst äußern, dass ihre Männer jetzt fort müssen und sie diese verlieren, wenn es zum Kriege kommt. Eine Rolle spielt auch das Argument, dass man später als Kriegsverbrecher bezeichnet wird. Häufig ist auch zu verzeichnen, dass man zwar nicht offen zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee Stellung nimmt, aber gegen eine entsprechende Entschließung stimmt bzw. sich der Stimme enthält, was häufiger der Fall ist.

Bis jetzt liegen jedoch noch Stellungnahmen aus der Industrie und aus einzelnen MTS vor, wo die Parteiorganisationen entsprechend gearbeitet haben. Nachstehend werden einige Beispiele über:

I. Diskussionen

II. Objekte

III. Ergebnisse der Abstimmungen angeführt.

I. Diskussionen

In den zustimmenden Diskussionen wird betont, dass die Schaffung einer Volksarmee zur Verteidigung unserer Errungenschaften und zur Erhaltung unserer Souveränität notwendig ist, besonders aber in Hinblick auf die Militarisierung in Westdeutschland.[3] Oft wird dabei auch die Meinung vertreten, dass sich der Dienst in der Volksarmee auf die Entwicklung der Jugendlichen nur günstig auswirken würde. Beispiele dazu sind in den unter Punkt II aufgeführten Objektstimmen enthalten, die als charakteristisch anzusehen sind und beliebig erweitert werden könnten.

Die ablehnenden Äußerungen, die meist auf pazifistischen Tendenzen beruhen, enthalten im Wesentlichen folgende Argumente:

- »Ich nehme kein Gewehr in die Hand«.
- »Schaffung einer Volksarmee bedeutet Bürgerkrieg bzw. Krieg«.
- »Wir schießen nicht auf unsere Brüder in Westdeutschland«.
- »Wir haben VP und Kampfgruppen[4] und brauchen keine Volksarmee«.
- »Das Volk will keine Volksarmee, sondern den versprochenen Wohlstand«.

Charakteristische Äußerungen dazu sind im Punkt II enthalten.

Negative bzw. feindliche Äußerungen und Haltungen wurden bisher nur ganz vereinzelt bekannt:

- Der Parteilose – [Name 1, Vorname] – aus dem Kunstfaserwerk Wilhelm Pieck (Elektrowerkstatt) brachte zum Ausdruck, dass man diejenig die anlässlich der Demonstration in Berlin zur Karl-Liebknecht- und Rosa-Luxemburg-Feier die Volksarmee gefordert hätten,[5] aufhängen müsste, da es dieselben seien, die den totalen Krieg des Faschismus gefordert hätten.
- In der Kammgarnspinnerei in Brandenburg, [Bezirk] Potsdam, bildete die Schlosserei den Schwerpunkt der negativen Diskussionen. Hier erklärte der Kollege [Name 2], Mitglied der CDU, man solle sich lieber Gedanken machen, warum von der DDR so viele republikflüchtig werden. Es wird bald soweit sein, dass nur noch ein paar Jugendliche in der DDR bleiben werden.
- Aus der DEWAG Magdeburg wird Folgendes bekannt: Am 17.1.1956 führte der BGL-Vorsitzende [Name 3] die Zeitungsschau durch. Nach er die Schlagzeile »Volksarmee gefordert« gelesen hatte,[6] legte er diese Zeitung beiseite und führte anhand der »Wochenpost« [7] Zeitungss durch. Diskussionen in der Zeitungsschau fanden nicht statt. Der BGL-Vorsitzende ist Mitglied der SED.

II. Objekte

Nachstehend werden einige charakteristische Beispiele geführt, aus denen die Diskussionen wie vorstehend eingeschätzt sowie einzelne Abstimmungsergebnisse zu ersehen sind:

[Im] VEB Kaliwerk »Ernst Thälmann« in Merkers, [Kreis] Bad Salzungen, [Bezirk] Suhl, in der Bauabteilung, wo ca. 100 Kollegen beschäftigt sind, konnte eine Resolution nicht zur Abstimmung gebracht werden, weil kein Kollege für und auch keiner gegen die Volksarmee gesprochen hat. Alle verhielten sich still. Im Kraftwerk haben sich etwa 70 von ca. 100 Kollegen, die dort versammelt waren, der Stimme bei der Abstimmung der Entschließung enthalten. Von der Elektrowerkstatt kam nach der Kurzversammlung nochmals ein Kollege zur Parteileitung und verlangte die Resolution. Auf die Frage, was er damit machen will, gab er zur Antwort: »Ich will meine Meinung hineinschreiben.« Die Resolution wurde ihm nicht ausgehändigt. Weitere Kurzversammlungen sind in diesem Kaliwerk noch in Vorbereitung.

In allen Abteilungen des *VEB Simson-Werk* in Suhl werden zzt. ebenfalls Kurzversammlungen in Bezug auf die Forderung der Schaffung einer Volksarmee in der DDR durchgeführt. In der Moped-Fertigung kam es zu einer Annahme der Entschließung an die Volkskammer, in der die Kollegen zum Ausdruck brachten, dass in der jetzigen politischen Situation zum Schutz unserer Heimat die KVP und VP sowie Kampfgruppen nicht mehr ausreichen. Sie fordern die Schaffung einer Volksarmee. Dieser Beschluss wurde einstimmig von 52 Kollegen angenommen. In der Abteilung Hofmann (Motorradbau) stimmten von 120 Kollegen 60 % dieser Entschließung zu. In einer anderen Abteilung des Motorradbaus stimmten von 150 Kollegen 40 % der Entschließung zu. Zwölf Jugendliche nahmen öffentlich Stellung gegen die Entschließung. Der Genosse [Name 4], Kampfgruppenführer, stimmte ebenfalls gegen die Entschließung, indem er zum Ausdruck brachte, dass er kein Gewehr in die Hand nehme. In der Gießerei und in der Schmiede, ca. 50 Kollegen, stimmte einer dieser Entschließung zu. Die Genossen in der genannten Abteilung verhielten sich neutral. Sie stimmten nicht dafür und nicht dagegen. Der Zuwanderer,[8] Kollege [Name 5], brachte zum Ausdruck: »Wenn mein Junge ein Gewehr in die Hand nimmt, dann stelle ich ihn an die Wand und erschieße ihn selbst.« In der Abteilung Marx, Motorrad-Rahmen-Schweißerei, brachte der Kollege [Name 6], der seinen Urlaub in Westdeutschland verbrachte, zum Ausdruck: »Die westdeutsche Jugend macht keinen Krieg. Die bringt uns nicht in Gefahr. Wenn Westdeutschland rüstet, dann rüstet sie bloß für den Fall, dass sie von uns angegriffen werden.« In Bezug auf die Entschließung sagte er: »Bis hierher und nicht weiter. Ich spiele nicht mit.« Er unterschrieb die Entschließung nicht. Diesem schlechten Beispiel folgte ein großer Teil der Kollegen, indem sie sagten: »Wir haben schmutzige Hände, wir können nicht unterschreiben.« ([Name 6] ist Katholik, aus der SED ausgeschlossen, seine bisherigen Diskussionen sind als negativ zu betrachten).

VEB Maxhütte: Hier ist der größte Teil der Arbeiter mit der Schaffung einer Volksarmee einverstanden, was sich in den bisher durchgeführten Versammlungen und Entschließungen äußert. Lediglich die Schicht des Kollegen Anton Fleischer, Kreisleitungsmitglied der SED, lehnte die Zustimmung zu einer Entschließung ab. Dies ist hauptsächlich auf den Einfluss eines Zuwanderers aus Westdeutschland, welcher seit kurzer Zeit in dieser Brigade arbeitet, zurückzuführen. In den Kreisen der Angestellten und der Intelligenz ist es so, dass sie sich zunächst noch sehr zurückhalten.

Im *VEB Feuerungsbau Greiz-Dölau*,[9] [Bezirk] *Gera*, zeigten sich bei der Abstimmung über die Entschließung viele Stimmenthaltungen. Der Prozentsatz wird mit 40 % beziffert. So zeigte sich z. B. in der Abteilung Schweißerei, dass von 17 Jugendlichen sieben für die Aufstellung der Volksarmee stimmten, wogegen sich zehn Jugendliche der Stimme enthielten. Ein Jugendlicher argumentierte dazu wie folgt: »Wenn ich für die Entschließung stimme, erkläre ich mich bereit der Volksarmee beizutreten. Freiwillig gehe ich aber nicht, sondern erst dann, wenn es Zwang wird.« Im Werk III des gleichen Betriebes zeigte sich in der Abteilung Greiferbau, dass von acht Personen zu der Entschließung Stimmenthaltung geäußert wurde. Der Ingenieur [Name 7], SED, stellte folgende Frage: »Wie stark ist denn unsere VP und KVP und wie stark soll sie werden? Wenn eine Volksarmee aufgestellt werden soll, wie steht es dann mit dem Lebensstandard?«

Im *VEB Kondensatorenwerk* in Gera wurden die Versammlungen ebenfalls nicht gut vorbereitet, und in den Diskussionen der Werktätigen zeigte sich, dass die Mehrzahl die Schaffung einer Volksarmee ablehnt. In mehreren Abteilungen zeigte sich bei den Versammlungen, dass verschiedene Frauen weinten. Das Gesamtabstimmungsergebnis im Betrieb ergab folgendes Bild: 170 Kollegen gaben ihre Zustimmung, 50 stimmten dagegen und 700 enthielten sich der Stimme.

Im Stahlwerk Gröditz,[10] [Kreis] Riesa, [Bezirk] Dresden, war in der Abteilung Reparaturwerkstatt zu verzeichnen, dass nur 50 % ihre Zustimmung zur Bildung einer Volksarmee gaben. Die anderen 50 %, vor allem die Älteren, richteten ihren Blick auf den Fußboden und sagten kein Wort dazu. In der Abteilung Stahlformgießerei stimmten ca. 90 % dieser Resolution zu, die Übrigen waren Jugendliche, welche diese Resolution ablehnten. In der Gießgrube liefen die Kollegen kurz vor der Abstimmung einer Resolution mit der Begründung auseinander, sie hätten wichtige Arbeiten zu erledigen. In der Kaderabteilung stimmten alle Genossen für die Resolution. Nach der Versammlung äußerte eine Genossin, dass sie jetzt schon Angst habe, wenn sie das Wort Volksarmee höre. Sie würde bei Ausbruch eines Krieges sofort ins Wasser gehen. Zwei weitere Genossinnen hatten Bedenken, dass ihre Männer sofort eingezogen würden.
Auf dem Schacht 352 der Wismut, auf der 90-Meter-Sohle, haben sich zwei Jugendliche geweigert, ihre Unterschrift zu einer Entschließung zu geben. Eine Begründung dafür liegt nicht vor. Auf der gleichen Sohle diskutierte der Kollege [Name 8]: »Wir arbeiten alle bis zum Umfallen und es ist nicht notwendig, schon jetzt über die Bildung einer Volksarmee zu sprechen. Bei uns wird sowieso schon das letzte herausgepresst, außerdem bedroht nicht nur der Westen uns, sondern durch diese Maßnahme würden wir auch den Westen bedrohen.« Die an dieser Versammlung teilnehmenden neun Genossen nahmen gegen die Einstellung des Kollegen [Name 8] keine Stellung. Nach einer weiteren Aussprache mit dem Kollegen [Name 8] erklärte er sich jedoch ohne Weiteres bereit, seine Unterschrift für die Entschließung zu geben.
In der MTS Oschatz fand heute eine Kurzversammlung statt, an der sich ca. 80 Kollegen beteiligten. In dieser Versammlung wurde eine Resolution an die Volkskammer abgefasst mit dem Inhalt über die Bildung einer Volksarmee. Dieser Resolution stimmten 65 Arbeiter und Angestellte zu, 15 Kollegen enthielten sich der Stimme. Unter diesen 15 Kollegen ist kein Mitglied der SED. Von sechs Arbeitern wurde folgende Meinung vertreten: »Wir dürfen nicht länger mehr zusehen, wie in Westdeutschland aufgerüstet wird. Unsere Republik muss zur Verteidigung eine Volksarmee schaffen.« Der Schmied [Name 9] aus dem gleichen Betrieb sagte: »Unsere Republik hat Verpflichtungen im Warschauer Vertrag[11] auf sich genommen, die wir realisieren müssen. Ich bin der Meinung, dass es notwendig ist, eine Volksarmee zu schaffen.«
In der MTS Ehrenberg, [Kreis] Altenburg, [Bezirk] Leipzig, wurde mit den Teilnehmern des Winterschulungs-Lehrganges der Traktoristen am 17.1.1956 vier Stunden lang über die Aufstellung einer Volksarmee diskutiert. Die Traktoristen nahmen in ihren Diskussionen nicht gegen aber auch nicht für eine Aufstellung der Volksarmee Stellung. Eine Resolution wurde nicht abgefasst, obwohl dies eigentlich das Ziel der Aussprache war.

III. Ergebnisse von Abstimmungen

Außer den vorstehend genannten Beispielen wurden noch folgende Abstimmungsergebnisse bei Resolutionen zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee bekannt:

- IKA Sonneberg, [Bezirk] Suhl: Abteilung Vorfertigung – 18 Zustimmungen, 45 Gegenstimmen; Abteilung Werkzeugbau – 14 Zustimmunge Gegenstimmen;
- VEB »Clara Zetkin« Greiz, [Bezirk] Gera: Brigaden [Name 10] und [Name 11] – eine Zustimmung, zwölf Gegenstimmen, elf Enthaltungen, 2(ohne Äußerung;
- Konsum-Bekleidungswerk Brandenburg, [Bezirk] Potsdam: von 550 – 125 Zustimmungen;
- VEB Güstrower Holzwerk: zehn Zustimmungen, 25 Gegenstimmen, 135 Enthaltungen;
- VEB Espenhain,[12] [Bezirk] Leipzig: Hauptwerkstatt – von 90 – 55 Zustimmungen, 22 Enthaltungen, die übrigen Arbeiter meldeten sich nicl
- Bahnwerk Leipzig-West: von 65 Eisenbahnern stimmte nur einer für ein Telegramm;
- Stahlwerk Riesa: Abteilung Konstruktionsbüro – von 23 – 20 Zustimmungen, drei Gegenstimmen (gehören einer christlichen Sekte an);
- VEB Lack- und Druckfarben Berlin: von 60 nur drei Zustimmungen von parteilosen Kollegen;
- VEB Brauerei Neuzelle, [Kreis] Fürstenberg, [Bezirk] Frankfurt/O.: elf Zustimmungen, 25 Gegenstimmen;
- VEB Press- und Schmiedewerk »Hein Fink« Wismar, [Bezirk] Rostock: von 160 – eine Gegenstimme, zwölf Enthaltungen;
- Alu-Bau Wismar: von 400 Anwesenden 70 % Zustimmungen;
- Mathias-Thesen-Werft, Halle 3: von 280 – 45 Zustimmungen;
- Überseehafen Wismar: von 80 – zwei Zustimmungen;
- VEB Webstuhlbau Karl-Marx-Stadt, Mechanische Werkstatt: 30 Zustimmungen, acht Gegenstimmen, 16 Enthaltungen;
- VEB Trinelli in Limbach[-Oberfrohna], [Kreis] Karl-Marx-Stadt[-Land] (vorwiegend Frauen): von allen – 120 Personen – abgelehnt;
- VEB Bekleidungswerk Theuma, Kreis Plauen, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt: von 80 – drei Zustimmungen;
- Baustelle des VEB Bau Plauen: von ca. 200 – 30 Zustimmungen, zehn Gegenstimmen;
- VEB Plauener Gardine Werk III: von 22 – fünf Zustimmungen, 14 Gegenstimmen;
- VEG Wollup, Kreis Seelow, [Bezirk] Frankfurt/O.: 50 % Zustimmungen;
- MTS Seelow, [Bezirk] Frankfurt/O.: von 150 Beschäftigten, 50 anwesend – 17 Zustimmungen, 23 Gegenstimmen (davon 3 BGL-Mitglieder

Feindtätigkeit

In der Nacht zum 18.1.1956 wurden in Karl-Marx-Stadt in sieben Fällen Hetzlosungen mit Kreide angeschmiert. Inhalt: »Wir rühren kein Gewehr an«, »Wir brauchen keine Volksarmee«, »Armee ohne uns«. Im VEB Schwermaschinenbau »Henry Pels« Erfurt wurde in der Abteilung Bauschlosserei ein handgeschriebener Zettel mit folgendem Text gefunden: »Volksarmee, ohne uns! RIAS«.

1
Die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR wurde am 18.1.1956 gebildet. Vgl. Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. In: GBl. I 1956, S. 81.

2
Im Original: »Pönitz«.

3
Seit 1955 wurde in der Bundesrepublik in mehreren Schritten der Aufbau einer Armee eingeleitet: Am 9.5.1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei, am 7.6.1955 wurde das Bundesministerium der Verteidigung gebildet, am 24.7.1955 trat das Freiwilligengesetz in Kraft, das die Einstellung von bis zu 6 000 Freiwilligen in die bundesdeutsche Armee erlaubte (Gesetz über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften v. 23.7.1955. In: BGBl. I 1955, S. 449 f.), am 12.11.1955 wurden die ersten freiwilligen Soldaten ernannt, am 1.4.1956 trat das Soldatengesetz in Kraft, das die Rechtsstellung der Soldaten der jetzt als »Bundeswehr« bezeichneten Armee regelte (Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten v. 19.3.1956. In: BGBl. I 1956, S. 114–126) und am 22.7.1956 das Wehrpflichtgesetz, das die Wehrpflicht für alle männlichen deutschen Staatsbürger vom vollendeten 18. Lebensjahr an vorsah (vgl. Wehrpflichtgesetz v. 21.7.1956. In: BGBl. I 1956, S. 651–661).

4
Die »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« waren eine im Sommer 1953 auf Beschluss der SED gegründete paramilitärische Organisation von Beschäftigten in Großbetrieben, VEG, LPG, MTS und staatlichen Verwaltungen. Vgl. Siebeneichner, Tilmann: Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln u. a. 2014.

5
Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration ist eine politische Gedenkveranstaltung, die jährlich anlässlich des Jahrestages der Ermordung der kommunistischen Politiker Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919 stattfindet. Sie wurde 1920 bis 1933 und seit 1946 von der KPD bzw. der SED veranstaltet.

6
Vgl. Werktätige verlangen in vielen Versammlungen: Schutz unserem friedlichen Aufbau. Zahlreiche Forderungen nach Bildung einer Volksarmee. In: ND v. 17.1.1956, S. 1.

7
Die Wochenpost war eine seit Ende 1953 erscheinende Wochenzeitung der DDR.

8
Gemeint ist vermutlich ein Zuwanderer aus der Bundesrepublik Deutschland.

9
Im Original: »Greiz-Döhlau«.

10
Vollständig: VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz.

11
Der »Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand« wurde am 14.5.1955 als militärischer Beistandspakt zwischen den sozialistischen Staaten Albanien, Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, Ungarn, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei geschlossen und trat am 4.6.1955 in Kraft. Die DDR war zunächst vom militärischen Teil des Bündnisses ausgenommen; sie trat diesem erst am 28.1.1956, zehn Tage nach der Unterzeichnung des Gesetzes zur Gründung der NVA bei.

12
Gemeint ist vermutlich der VEB Kombinat Espenhain, ein Braunkohlewerk.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.